Stadt Chur

Antwort
des Stadtrates an
den Gemeinderat

Nr. 8/2006 652.10

Postulat Thomas Hensel und Mitunterzeichnende betreffend

„Feinstaub-Alarm“

Antrag

Das Postulat sei abzulehnen.

Begründung

Als Feinstaub (PM10) werden Partikel bezeichnet, deren Durchmesser weniger als 10 Tausendstel-Millimeter beträgt. Die Emissionen stammen zu rund je einem Drittel aus dem Verkehr, aus Industrie und Gewerbe sowie der Land- und Forstwirtschaft. Nicht alle Partikel sind gleich gefährlich. Besonders schädlich für die Gesundheit sind die Krebs erzeugenden, sehr feinen Russpartikel aus der unvollständigen Verbrennung z.B. von Dieselruss. Das Problem dabei ist, dass die heute geltenden Normen (Euro 3 und 4) auch ohne Partikelfilter erreichbar sind, jedoch dazu führen, dass noch deutlich kleinere Partikel ausgestossen werden. Dieser Problematik kann nur mit einer entsprechenden Filterung begegnet werden. Nach Angaben des Bundesamts für Umwelt (BAFU) atmen rund drei Millionen Menschen in der Schweiz regelmässig zuviel gesundheitsschädigenden Feinstaub ein. Als Folge der Feinstaubbelastung rechnet man in der Schweiz mit über 3'700 frühzeitigen Todesfällen pro Jahr. Das Problem ist ernst zu nehmen. Interessant ist aber immerhin, dass das Lungenkrebsrisiko für eine rauchende Person acht bis zehn Mal so hoch ist wie für eine Person, die nicht raucht. Demgegenüber tragen Bewohnende einer stark mit Partikeln belasteten Stadt ein rund 1.3 mal so hohes Lungenkrebsrisiko wie Bewohnende von schwach belasteten Gegenden.

Die Feinstaub-Problematik ist eng mit dem Thema Partikelfilter verknüpft. Am 21. Juni 2005 beantwortete der Stadtrat die Schriftliche Anfrage Andrea Fopp betreffend Partikelfilter für die Fahrzeuge der Stadt Chur sowie der Stadtbus Chur AG (Geschäft Nr. 35/2005). Bezogen auf den Fahrzeugpark der Stadt wurde ausgeführt, dass eine Nachrüstung teilweise nicht möglich oder

aber nicht wirtschaftlich sei. Hingegen werde bei Neuanschaffungen Wert auf den neusten technischen Stand gelegt. Bezogen auf die Stadtbus Chur AG wurde darauf hingewiesen, dass mittlerweile bereits 15 der total 22 Busse mit Partikelfiltern ausgerüstet sind. Diese Umrüstung wird zügig fortgesetzt.

Zu den Forderungen des Postulats:

1. Aufbau eines Warnsystems

Der Kanton Graubünden ist Partner des Projekts Ostluft.ch, welches die Luftqualität in der Ostschweiz überwacht. Die Bevölkerung wird nicht mehr wie früher durch die Luftreinhaltefachstelle ihres Kantons informiert, sondern über die gemeinsame Informationsplattform von Ostluft. Auf deren Website können tagesaktuell die Messwerte für Ozon, Stickstoffdioxid und Feinstaub eingesehen werden (Standorte Chur: „Industrie" und „Kantonsspital"). Mitte Januar 2006 lancierte der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) zudem einen Aktionsplan als Reaktion auf die hohe Feinstaub-Belastung. Die Information der Bevölkerung dürfte damit gewährleistet sein. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass bezüglich Feinstaubs keine Informations- bzw. Alarmierungspflicht der Behörden besteht, dies im Gegensatz zum Ozon im Sommer, wo das Amt für Natur und Umwelt (ANU) eine Richtlinie der EU anwendet (202/3/CE vom 12. Februar 2002). Der Aufbau eines kommunalen Warnsystems wird auch vom ANU als nicht sachdienlich bezeichnet, weil die Feinstaubproblematik nicht an den Gemeindegrenzen Halt macht.

2. Aktionsplan für allfällige Notmassnahmen

Der Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene (tiefere Tempolimiten, Feuerungsverbote) ist äusserst bescheiden und kaum dazu geeignet, wirksam Abhilfe gegen eine zu hohe Feinstaub-Belastung zu schaffen. Notmassnahmen kommen in aller Regel zu spät. Einer kontinuierlichen Eindämmung sämtlicher Emissionen an der Quelle, wie sie das BAFU seit Jahren verfolgt, ist dagegen nachweislich mehr Erfolg beschieden. Im Gegensatz zu allfälligen Notmassnahmen wird städtischerseits unter anderem viel mehr Wert auf die Emissionsbegrenzung bei Feuerungen, Auflagen bei der Verwendung von Partikelfiltern bei Baumaschinen, die Schaffung von Tempo-30-Zonen und die Handhabung einer zweckdienlichen Parkraumbeschaffung gelegt.

3. Spezialangebot der Stadtbus Chur AG

Einen gut ausgebauten, attraktiven öffentlichen Verkehr erachtet der Stadtrat als wichtiger als Spezialangebote beispielsweise bei hohen Ozon- oder Feinstaub-Werten. Der öffentliche Verkehr in Chur wurde in den letzten zehn Jahren kontinuierlich ausgebaut. Die Anzahl Fahrgäste erhöhte sich von 2.57 Mio. im Jahr 1996 auf 4.5 Mio. im Jahr 2004. Die Tarife hingegen blieben in dieser Zeit trotz einer deutlichen Attraktivitätssteigerung praktisch unverändert. Der Stadtrat will den eingeschlagenen Weg einer konsequenten Förderung des öffentlichen Verkehrs weiterverfolgen, ohne dabei an einzelnen Tagen in eine operative Hektik zu verfallen.

4. Prüfung der eigenen Möglichkeiten zur Schadstoffreduktion

Was die eigenen Möglichkeiten der Stadt zur Schadstoffreduktion gemäss Forderung der Postulanten anbelangt, so kann auf die erwähnte Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Fopp betreffend Russpartikelfilter verwiesen werden. Die Abteilung Gartenbau, der Werkbetrieb sowie die Forst- und Alpverwaltung sind sich der Problematik umweltfreundlicher Treibstoffe (sog. „Gerätebenzin") bewusst und verwenden diese bereits seit längerer Zeit.

Die Feinstaub-Problematik ist nach Ansicht des Stadtrates ernst zu nehmen. Da es aber auf kommunaler Ebene keine tauglichen Sofortmassnahmen gibt, um die Feinstaub-Emissionen einzudämmen, beantragt der Stadtrat das Postulat zur Ablehnung.

Chur, 30. Januar 2006

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident Christian Boner

Der Stadtschreiber Markus Frauenfelder

Aktenauflage

- Antwort des Stadtrates auf die Schriftliche Anfrage Andrea Fopp betreffend Partikelfilter für die Fahrzeuge der Stadt Chur sowie der Stadtbus Chur AG (Geschäft Nr. 35/2005)
- Dokumentation „Feinstaub PM10, Fragen und Antworten" des BUWAL vom 1. Dezember 2005
- Entwicklung Fahrgastzahlen Stadtbus Chur AG
- Entwicklung Tarife Stadtbus Chur AG
- Jahresbericht Luft 2004 des ANU
- Umwelt-Info 3/05 des ANU zu den Themen Ozon und Feinstaub

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom
15. Dezember 2005

M. Frauenfelder, Stadtschreiber

Thomas Hensel
SP Gemeinderat

Postulat „Feinstaub-Alarm“

Gemäss den Messungen des Amtes für Natur und Umwelt gab es zwischen Dezember 2004 und November 2005 am Standort Chur Industrie 16 Grenzwertüberschreitungen bezüglich Feinstaubbelastung (PM10). Laut Luftreinhalteverordnung darf der Grenzwert jedoch höchstens einmal pro Jahr überschritten werden.

Feinstaub führt zu Atemwegserkrankungen. Der Feinstaub gelangt bis in die feinsten Lungenverästelungen und kann zu einer eingeschränkten Lungenfunktion oder Asthma und Bronchitis führen. Zudem haben die im Feinstaub enthaltenen polyaromatischen Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle eine toxische Wirkung. Eine direkte Beeinträchtigung der Gesundheit bei höheren Konzentrationen, wie deren krebserregende Wirkung ist bekannt.

Verschiedene Schweizer Städte und Kantone haben reagiert. So ist beispielsweise in Basel ab Dezember 05 ein Warnsystem geplant, welches die Bevölkerung zur Benützung des öffentlichen Verkehrs, zur Bildung von Fahrgemeinschaften sowie zum sinnvollen Einsatz der Heizungen aufruft, sobald der Grenzwert für längere Zeit überschritten wird. Im Tessin gilt von Januar bis März ein Spezialangebot für alle öffentlichen Verkehrsmittel. Und die Innerschweizer Kantone ziehen bei massiven Überschreitungen des Grenzwerts als Notmassnahmen Einschränkungen für Holzfeuerungen und Dieselfahrzeuge in Betracht.

Auch wenn flächendeckende, nationale und kantonale Massnahmen wünschenswert und angebracht sind, kann sich auch die Stadt Chur nicht der Verantwortung gegenüber ihrer Bevölkerung entziehen. Deshalb wird mit diesem Postulat der Stadtrat aufgefordert

a) den Aufbau eines Warnsystems in die Wege zu leiten
b) einen Aktionsplan für allfällige Notmassnahmen fest zu legen
c) mit der Stadtbus Chur AG für die Monate Januar bis März ein Spezialangebot auf zu bauen
d) eine Prüfung der eigenen Möglichkeiten zur Schadstoffreduktion (z.B. Wartung der Heizungen, Einsatz von Gerätebenzin und Russpartikelfiltern, Anreize für das Personal zur Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) vorzunehmen
e) dem Gemeinderat über die getätigten Massnahmen und Abklärungen Bericht zu erteilen

Chur, 15. Dezember 2005

Thomas Hensel